

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner der Landkreise Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis,

wir wollen Sie einladen, über die Situation in unserem neuen Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zu diskutieren und gemeinsam mit uns die Zukunft zu gestalten. DIE LINKE braucht Sie dazu, da linke Parteien nur so stark sein können, wie die nach Veränderung drängenden Menschen zahlreich sind!

Die Landesregierung von CDU und SPD hat ungeachtet vieler Proteste von Bürgerinnen und Bürgern die Fusion zwischen dem Landkreis Sächsische Schweiz und dem Weißeritzkreis durchgesetzt und einen neuen Landkreis geschaffen, der vielen fremd ist. Wer wirklich in den Verwaltungen sparen will, der muss die überflüssigen Mittelbehörden wie die Regierungspräsidien auflösen und deren Aufgaben zwischen Land und Kreisen aufteilen.

Die im Landkreis wohnenden Menschen sind das Wichtigste

und Wertvollste. Maßstab für politische Entscheidungen der LINKEN ist immer, ob Reformen für die Menschen Verbesserungen mit sich bringen. Diese Verwaltungsreform erfüllt diesen Maßstab nicht, deshalb haben wir uns in den Kreistagen und im Landtag dagegen gestellt.

Wir müssen jetzt versuchen, neben den alltäglichen Aufgaben der Kommunalpolitik den durch die Kreisgebietsreform eingetretenen Verlust an Demokratie und Bürgernähe durch unsere Kommunalpolitik auszugleichen.

Mehr Transparenz und Beteiligung – lokale Demokratie ausbauen!

Linke Kommunalpolitik sorgt für mehr Transparenz und Beteiligung und streitet für die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die Möglichkeiten der direkten Einflussnahme auf die kommunale Politik müssen der Öffentlichkeit bekannt gemacht und neue Bereiche der Beteiligung geöffnet werden. Zu unserem Grundverständnis ge-

hört es, vorgeschobene Sachzwänge stets kritisch zu hinterfragen. Wir treten für gläserne Rathäuser und ein gläsernes Landratsamt ein. Unsere Bürgermeister und unsere kommunalen Abgeordneten arbeiten nachvollziehbar und bürgernah. Bürgerinnen und Bürger sind für uns nicht nur Betroffene von Verwaltungsentscheidungen, sondern Akteure der Politik und Partner der Verwaltung.

Linke Kommunalpolitik strebt nicht schlechthin das Beste „für“ die Menschen an, sondern sie ist darauf gerichtet, jede Entscheidung partnerschaftlich „mit“ der Gesellschaft, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu treffen und umzusetzen, sie ist emanzipatorisch und baut auf den selbständigen Bürger. Wir wollen Politik möglichst der Gesellschaft direkt übertragen. Unsere Kommunalpolitik orientiert sich am Leitbild der Bürgergesellschaft und der Bürgerkommune.

Wir wollen, dass die **direkte Demokratie** ausgeweitet wird.

Dafür fordern wir einfache Verfahren für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, moderate Beteiligungsquoten und eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auf alle Einwohnerinnen und Einwohner ab 16 Jahren. Die Menschen und nicht die Verwaltung bilden die Kommune. Auf Bürgerforen und Einwohnerversammlungen sollen Landrat und Kreisräte für die Bevölkerung greifbar und ansprechbar sein.

Gleichzeitig fordern wir die Stärkung der kommunalen Räte einschließlich der Ortschaftsräte und eine Aufwertung des kommunalen Ehrenamtes. Wir sprechen uns ausdrücklich für die Teilnahme von Migrantinnen und Migranten am Wahlrecht, an Bürgeranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden aus.

Bürgerhaushalte in allen Kommunen des Landkreises und auf Kreisebene stellen eine Möglichkeit direkter **Bürgerbeteiligung an der Haushalts- und Finanzplanung** vor der Beschlussfassung durch den

Kreistag oder den Gemeinderat dar. Im Haushalt werden mit der Zuteilung der Gelder die politischen Schwerpunkte gesetzt. Auf Einwohnerversammlungen wird über die Prioritäten von Ideen und Projekten beraten und diese werden den kommunalen Parlamenten vorgelegt. Die kommunalen Abgeordneten der LINKEN setzen sich schon jetzt für die Aufstellung von Bürgerhaushalten ein. In einer Gemeinde im neuen Landkreis sind bereits Elemente eines Bürgerhaushalts von uns verwirklicht worden.

Im Landkreis werden wir ein Beratungsangebot aufbauen, um die Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung ihres bereits heute bestehenden Rechts auf Einwendungen zu den Haushaltsplänen in den Kommunen und im Landkreis zu unterstützen. Der Rat und der Kreistag müssen in öffentlicher Sitzung über solche Änderungsvorschläge zum Haushalt entscheiden.

Die Verwaltungen müssen sich zu Partnern und Dienstleistern für die Einwohnerinnen und Einwoh-

ner entwickeln. Deshalb wollen wir die **Verwaltung modernisieren und dezentralisieren**, indem wir die bestehenden Bürgerbüros als zentrale Anlaufstellen durch einen deutlichen Ausbau der Bürgerdienste in ihrem Bestand sichern und verstärken. Zukünftig sollen deren Leistungen in enger Kooperation mit den Gemeinden auch direkt vor Ort angeboten werden. Neben den bestehenden Bürgerbüros wollen wir für ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkte Bürgerinnen und Bürger ein „mobiles Bürgerbüro“ aufbauen, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Bedarf und auf Anforderungen auch Hausbesuche machen.

Der Landkreis muss ein Informationssystem im Internet einrichten, das von seiner Verwaltung und den Kommunen genutzt werden kann und den Bürgerinnen und Bürgern möglichst alle Verwaltungsvorgänge zur Verfügung stellt. Die rechtzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Planungsvorhaben und eine

Verwaltungskultur, in der Vorschläge, Anregungen und Ideen aus der Öffentlichkeit als willkommenen Handlungsimpulse wahrgenommen werden, sind unser Ziel.

Der Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge liegt **mitten in Europa**. Noch heute erinnern die Namen der Dörfer und Städte an das Miteinander verschiedener Kulturkreise und die Postsäulen an die Verbindungen zwischen deutschen und tschechischen Ländern. DIE LINKE unterstützt die Tätigkeit der Euroregion Elbe/Labe. Wir wollen den grenzüberschreitenden Austausch von Schulklassen, Sportvereinen und Verbänden stärker fördern und sehen große Entwicklungspotenziale im grenzüberschreitenden Tourismus.

Die Europäische Integration und der Wegfall der Grenzkontrollen bieten ungeheure wirtschaftliche und kulturelle Chancen, aber auch Risiken. Ein gemeinsames Europa steht und fällt mit der Akzeptanz durch die Menschen in den

beteiligten Ländern. Die Wettbewerbspolitik der EU schränkt die Möglichkeiten der Kommunen immer mehr ein, für sozialen Ausgleich unter den Bürgerinnen und Bürgern zu sorgen. Aus Nahverkehr und Krankenhäusern werden profitorientierte Betriebe in Privathand.

DIE LINKE in der Sächsischen Schweiz – Osterzgebirge wirkt gemeinsam mit ihren tschechischen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern auf eine Veränderung der europäischen Rahmenbedingungen, um Kommunalpolitik auch in Zeiten der Globalisierung transparent und sozial gerecht gestalten zu können.

Antifaschistinnen und Antifaschisten stehen im Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge vor besonderen Herausforderungen. Rechtsextreme Parteien erzielen hier besondere Wahlerfolge.

Mit der NPD hat in Sachsen eine Partei Fuß gefasst, die unmittelbar an Traditionen und

Ideologien der NSDAP anknüpft. Wir dürfen uns rassistische und immer gegen Schwächere gerichtete Hetze auch im Kreistag nicht gefallen lassen. Alle demokratischen Parteien müssen sich stets bewusst sein: Für Faschisten gibt es keine Toleranz!

Wo immer sich Menschen gegen Nazis engagieren, müssen sie finanziell und ideell unterstützt werden. Jugendeinrichtungen müssen so ausgestattet werden, dass sie rechtsextremen Unterwanderungsversuchen standhalten können. Ein Beratungs- Bildungs- und Dokumentationszentrum mit einem Archiv des Nationalsozialismus in unserem Kreisgebiet muss die Erinnerung an die Zeit des Faschismus lebendig halten.

Mehr soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung – Kommunale Daseinsvorsorge gewährleisten!

Linke Kommunalpolitik streitet für **soziale Gerechtigkeit** und ökologische Nachhaltigkeit, weil die Chancen und Risiken der

verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Kommune höchst ungleich verteilt sind. Jede kommunalpolitische Entscheidung wird von uns darauf geprüft, ob und wie für die Benachteiligten in dieser Gesellschaft Chancengleichheit und ein Standard an sozialer Sicherheit gegeben sind.

Die Politik der Bundesregierung schafft prekäre Arbeitsverhältnisse mit Niedriglöhnen und treibt durch Hartz IV Millionen Menschen in die Armut. In dieser schwierigen Situation und trotz knapper Kassen müssen der Landkreis und die Kommunen eine soziale und solidarische Wirtschaftspolitik betreiben. Dazu gehören günstige Bedingungen für kommunale Unternehmen, der Erhalt der Sparkassen und die Sicherung von Arbeit durch kommunale Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung.

DIE LINKE steht für eine gezielte **Förderung der regionalen Wirtschaft**. Investitionen sind durch zügige Genehmigungsver-

fahren zu erleichtern. Öffentliche Aufträge sollen im Rahmen der gesetzlichen Regelungen vorrangig an ortsansässige Unternehmen vergeben werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Unternehmen Tariflöhne zahlen, Ausbildungsplätze schaffen und die Umwelt schützen. Kleine Lose, freihändige Vergabe, Vergabekonferenzen und eine enge Kommunikation zwischen dem Landratsamt und den ortsansässigen Firmen bieten hier bisher noch ungenutzte Steuerungsmöglichkeiten.

Der Ansiedlung neuer Firmen soll im Landratsamt ein besonderer Vorrang eingeräumt werden. DIE LINKE tritt für ein kommunales Gründerzentrum ein, um jungen Unternehmen preisgünstig Räume, Bürodienstleistungen und weitere Infrastrukturleistungen anzubieten sowie durch die Organisation von Wirtschaftstagen und lokalen Messen neue Kontakte zu vermitteln.

DIE LINKE wird für eine stärkere Kooperation der örtlichen Unternehmen mit den Mittelschulen,

den Förderschulen und Gymnasien im Kreis werben. Im Vordergrund einer solchen Kooperation stehen zwei Ziele: Zum einen sollen Schulen, Lehrerinnen und Lehrer und insbesondere Schüler einen Einblick in die Abläufe und die zu erlernenden Berufe in ihrer Region erhalten. Zum anderen ist eine Kooperation für die hier ansässigen Unternehmen eine Chance, **Auszubildende aus der Region** zu gewinnen, die auch schon eine Vorstellung von dem zu erlernenden Beruf haben.

Solche Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen können in ganz unterschiedlicher Form Realität werden: über Vorträge, Exkursionen oder Projektstage bis hin zu wöchentlicher praktischer Arbeit und theoretischer Einführung vor Ort in den Betrieben. Es geht dabei nicht darum, dass Unternehmen den Lehrplan gestalten, sondern dass Schule und Unternehmen sich kennen lernen und daraus folgend jungen Menschen in unserer Region eine Zukunftsperspektive geboten werden kann.

DIE LINKE unterstützt das Konzept des bundesweiten Girls` Days für unseren Landkreis, um Mädchen und junge Frauen auch für männerdominierte Berufe zu interessieren und zu gewinnen.

Kommunale Betriebe gehören für DIE LINKE zu den Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Daseinsvorsorge der Bevölkerung ist vor allem in den Bereichen Wasserversorgung, Abfallentsorgung, Verkehrs- und Energiewirtschaft sicher, zuverlässig, ökologisch nachhaltig und zu niedrigen Preisen zu gewährleisten. Gegen die Stimme der LINKEN wurde das Senioren- und Pflegeheim in Pirna oder die kreiseigenen Krankenhäuser privatisiert.

DIE LINKE befürwortet den Bau eines neuen Landratsamtes auf Schloss Sonnenstein. Doch dass dessen Bau und Betreibung durch ein Privatunternehmen durchgeführt werden soll, lehnen wir ab. In einer solchen Partnerschaft (PPP) wird die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben vom privaten Interesse abhängig und

die öffentliche Kontrolle ausgeschaltet. Dabei besteht die Gefahr, dass sich ein dem Kreistag entzogener Schattenhaushalt mit nicht abschätzbaren finanziellen Lasten in der Zukunft herausbildet. DIE LINKE lehnt dies ab und ist für ein klares Verhältnis von Staat und Wirtschaft.

Kleine und mittelständische Unternehmen der Region müssen leichter zu Krediten kommen. DIE LINKE setzt sich gegen Bestrebungen der Europäischen Union ein, im Interesse privater Banken **die kommunalen Sparkassen** zu zerschlagen und fordert den Erhalt der Ostsächsischen Sparkasse Dresden als starke Sparkasse für unseren Kreis. Sparkassen gewährleisten die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen, Kredite für kleine und mittelständische Unternehmen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. DIE LINKE lehnt internationale Abenteuer, die zu spektakulären Pleiten wie bei der SachsenLB führen, ab.

Naturschönheiten und kulturelles Erbe unseres Landkreises sind weit über dessen Grenzen hinaus bekannt. Für DIE LINKE ist der **Tourismus** nicht nur ein Wirtschaftsfaktor. Bildung und Freizeit sind mindestens gleichrangig.

Aber viele Menschen leben in unserem Kreis vom Tourismus. Deshalb muss der Landkreis die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der Tourismus weiter an Bedeutung gewinnen kann, ohne Natur und Umwelt zu beeinträchtigen. Der Landkreis muss ein Entwicklungskonzept von Wirtschaftsförderung, Tourismus, Verkehr und Marketing entwickeln, in dessen Ergebnis unsere Städte und Dörfer und die gesamte Region besser in den Tourismus integriert sind. In ein solches integriertes Tourismuskonzept gehören das Engagement in Tourismusverbänden, der Einsatz für den Erhalt von Natur- und Kulturdenkmälern, der Wiederaufbau der Weißeritztalbahn bis Kipsdorf, die Unterstützung der Landwirte beim Anbieten neuer Erholungs- und Ferienerlebnisse, der Wintersport in Altenberg und

Umgebung. Mit dem Elbsandsteingebirge liegt eine der bizarrsten und beeindruckendsten Felsformationen Europas in unserem Landkreis, deren Aufnahme unter die Stätten des UNESCO-Weltkulturerbes im Interesse der kommenden Generationen erreicht werden muss.

Wir wissen, dass es nicht in unserer Macht liegt, **Hartz IV** auf kommunaler Ebene zu überwinden. Aber wir sind auf der Seite der Betroffenen, wir werden ihre Belange und Nöte aufgreifen und beratend helfen.

Wir werden darauf achten, dass die Betroffenen in den Arbeitsverwaltungen korrekt behandelt und ihrer Würde geachtet, die Kosten der Unterkunft regelmäßig überprüft und an die realen Kosten angepasst werden. Arbeitsgelegenheiten („1-Euro-Jobs“) sollen nur vergeben werden, wenn sie freiwillig angenommen werden, gesellschaftlich nützlich sind und tatsächlich keine regulären Arbeitsplätze vernichten. Vorrang vor diesen 1-Euro-Jobs haben für

uns öffentlich geförderte Arbeitsplätze. Hier müssen alle aktuellen Möglichkeiten (zum Beispiel Kommunal-Kombi) genutzt werden.

Damit alle Menschen würdig und gut wohnen können, müssen Mietpreise bezahlbar und Wohngebiete vielfältig interessant sein.

Soziale Wohnraumpolitik wird in ihrer Bedeutung steigen, da in Deutschland die Schere zwischen Mietpreisen und Einkünften auseinandergeht. Um auch in zehn oder zwanzig Jahren noch Einfluss auf die Mietpreise von Wohnungen ausüben und sozialen Wohnraum durchsetzen zu können, brauchen Kommunen eigene Wohnungsgesellschaften.

Richtig geführt und in öffentlicher Hand, können diese auf dem freien Markt bestehen, die gesamte Mietpreisentwicklung in einer Stadt beeinflussen und ein gutes Instrument zur Aufwertung des Wohnumfeldes sein. Wir werden die Wohnungsgesellschaften nicht aus der Hand geben, damit die Politik ihrer Verantwortung für die öffentliche

Daseinsvorsorge langfristig nachkommen kann.

Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass öffentliche wie private Vermieter bei Um- oder Rückbau zur langfristigen Information und Kooperation mit den Mieterinnen und Mietern verpflichtet sind.

Politische Schwerpunkte im neuen Kreis müssen **Bildung und Schule** sein. Sie bilden für die Menschen eine unerlässliche Voraussetzung für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf Bildung und Ganztagsbetreuung muss mit aller Konsequenz verwirklicht werden.

Wir sind gegen Zugangsbeschränkungen und für eine Beitragsfreiheit für Kitas. Als Alternative zum überholten dreigliedrigen Schulsystem müssen viel mehr Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden, in denen bis zum 8. Schuljahr längeres gemeinsames Lernen möglich ist.

Die Anzahl der Schulen mit Ganztagsangeboten ist zu er-

höhen. Das in der sächsischen Verfassung verbrieftete Recht auf unentgeltliche Lernmittel muss umgesetzt werden. Wo gesetzliche Änderungen auf Landesebene nötig sind, werden wir uns als LINKE im Landtag weiter für eine qualifiziert hochwertige Schule stark machen.

In der Hand des Kreises liegt die Verantwortung für die Schulnetzplanung und den Schülerverkehr, im bisherigen Weißeritzkreis auch die Trägerschaft der Gymnasien und Förderschulen. Wir plädieren für eine möglichst wohnortnahe Beschulung und entsprechend kurze Wege.

Das Schulsterben im Landkreis muss ein Ende haben. Wir fordern die Aufhebung der Zweizügigkeit im ländlichen Raum; mit der LINKEN wird es keine weitere Schließung von Mittelschulen geben. Öffentliche Schulen müssen auf dem bestmöglichen Niveau ausgestattet werden.

Für die Schülerbeförderung sollte der Elternbeitrag für alle schulpflichtigen Klassenstufen abge-

schaftt werden. Unseren von CDU und SPD im Kreistag Sächsische Schweiz abgelehnten Antrag, dass alle Kinder aus sozial benachteiligten Familien in der Schule ein kostenloses Mittagessen erhalten sollen, werden wir im neuen Kreistag wieder einbringen.

DIE LINKE strebt eine stärkere Unterstützung der Aktivitäten von Schülerinnen und Schülern durch den Kreis an, insbesondere Projekte in den Bereichen Kultur, Demokratisierung, Antirassismus/Antidiskriminierung, Beteiligung. Die Schülervertretungen sind bei der Schulnetzplanung und anderen Entscheidungen, die die Schülerinnen und Schüler betreffen, einzubeziehen.

Die Befähigung junger Menschen zur Selbstbestimmung, zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement ist eine zentrale Aufgabe der Jugendpolitik. DIE LINKE unterstützt das Konzept der mobilen Jugendarbeit und der Selbstverwaltung der Jugendclubs. Dafür sind die Stellen der mobilen

Jugendarbeit auszubauen und das Entstehen neuer Jugendclubs zu befördern.

Junge Menschen müssen die Kreispolitik aktiv mitgestalten können. Dazu müssen Beteiligungsformen, beispielsweise ein Jugendparlament, geschaffen werden, die Antrags- und Rede-rechte im Kreistag beinhalten.

In der Jugendarbeit zu sparen, ist verantwortungslos und mindert die Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen. DIE LINKE legt besonderes Augenmerk auf die Entwicklung von außerschulischen Angeboten auf den Gebieten politischer, sozialer und kultureller Bildung und der internationalen Jugendarbeit.

Zu einem schönen Leben gehört ein gutes **kulturelles Angebot**. Für DIE LINKE ist es von großer Bedeutung, nicht nur Spitzenangebote, sondern auch Breiten- und Basiskultur ausreichend zu fördern. Dazu gehören die Unterstützung von Vereinen und offene Angebote der individuellen Betätigung in Sporthallen und auf

Sportplätzen. Erwachsenenbildung, die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit, das Bibliothekswesen und einheimische Künstlerinnen und Künstler stehen in einem ständigen Wirkungszusammenhang.

Regionale Spezifik und Eigenart entstehen auf einer breiten soziokulturellen Grundlage oder verdorren. Der Zusammenschluss der beiden Landkreise darf nicht zu Angebotsverlusten oder Kürzungen führen, im Gegenteil: Die Kreisstadt Pirna braucht eine dem Freitaler Kulturhaus vergleichbare Einrichtung. Die Angebote der Musikschulen, der Kreisvolkshochschulen und andere öffentliche Kulturangebote müssen für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben.

Deshalb hat die **Sozial- und Gesundheitspolitik** einen hohen Rang. Der Landkreis darf sich auch nach der Privatisierung der Krankenhäuser nicht aus seiner Verantwortung für die Absicherung der Versorgung kranker Menschen stellen. Die Schaffung und der Ausbau medizinischer

Versorgungszentren (Polikliniken) sind weiter zu fördern, um die medizinische Versorgung durch Fachärzte für die Bevölkerung zu sichern. Der von der Landesregierung geleugnete Ärztemangel wird mehr und mehr spürbar. Der Landkreis muss sich vehement für den Erhalt der allgemeinen Arztpraxen in den ländlichen Gebieten einsetzen. Das System der Gemeindefachschwestern ist zu reaktivieren.

Wir setzen uns für den Erhalt der Kinderklinik in Pirna ein, die nach den Plänen der Landesregierung abgeschafft werden soll.

Die soziale Infrastruktur muss erhalten und ausgebaut werden. Die Arbeit der „Tafeln“, der Frauen und Kinderschutzeinrichtungen und der sozialen Beratungsstellen ist stärker zu fördern.

Um den Anliegen der wachsenden Zahl der Seniorinnen und Senioren Gehör zu verschaffen, soll im neuen Landkreis und in den Städten und Gemeinden eine angemessene Interessenvertre-

tung für die Senioren gewährleistet sein und ein Seniorenbeirat geschaffen werden.

Der neue Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge vergrößert sich in der Fläche, und die Entfernungen innerhalb des Landkreises werden länger. Wir fordern einen preiswerten, flächendeckenden und zeitlich attraktiven **Öffentlicher Personennahverkehr** (ÖPNV), der allen Bevölkerungsgruppen Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe garantiert.

Wohnorte im ländlichen Raum bleiben attraktiv, wenn Arbeitsplatz, Schule, Geschäfte, Kultur und Freunde erreichbar sind. Für Menschen ohne Auto ist ein hochwertiger ÖPNV lebensnotwendig. Der Landkreis muss seine Verantwortung in der Verkehrspolitik wahrnehmen und darf sich im Zuge der Kreisfusion nicht aus den Verkehrsbetrieben herausziehen.

DIE LINKE fordert ein Sozialticket, das den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zum

Personennahverkehr sicherstellt und lehnt die beabsichtigten Fahrpreiserhöhungen in der Sächsischen Schweiz ab. Die Eröffnung des Eisenbahngrenzübergangs Sebnitz – Dolni Poustevna, die Schaffung neuer Haltepunkte und der Ausbau von Bahn-Bus-Übergangsstellen sowie von P + R – Plätzen wird von uns angestrebt.

Auch der Ausbau von **Fahrradwegen** bildet einen wichtigen Beitrag linker Verkehrspolitik und trägt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der touristischen Attraktivität der Region bei.

Für DIE LINKE ist das Miteinander von deutschen und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie unseren Landkreis besuchen, ob sie hier leben und arbeiten, ob sie hier Schutz oder eine neue Heimat suchen, eine Selbstverständlichkeit.

Migrantinnen und Migranten müssen künftig die Möglichkeit haben, sich in Prozesse in den Gemeinden und im Landkreis

einzumischen und ihre Bedürfnisse zu artikulieren. Dazu fordern wir für den neu zu bildenden Landkreis die Einrichtung eines Ausländerbeirates.

Wir fordern die Abschaffung der Heimunterkünfte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber zugunsten einer dezentralen Unterbringung.

Katalogbestellungen für Lebensmittel und Hygieneartikel, Beschränkung der medizinischen Leistungen und des Bildungszuganges für Kinder richten sich gegen die Selbstbestimmung der Betroffenen und sind würdelos.

In einer Region, die maßgeblich vom Tourismus abhängt und ihre Anziehungskraft vor allem einer wunderschönen Landschaft verdankt, muss dem **Umweltschutz** Vorrang eingeräumt werden. Dafür wird sich DIE LINKE ebenso stark machen wie für eine Verbesserung der Unterstützung der im ökologischen Bereich tätigen Vereine und Verbände.

Im **Energiebereich** müssen Gewinne aus den Energiever-

sorgen an die Bürgerinnen und Bürger weitergereicht und erneuerbare Energien gefördert werden. Den Einfluss der Kommunen über Beteiligungsgesellschaft und Zweckverband im Aufsichtsrat der Energieversorger gilt es zu nutzen, durch eine strategische Ausrichtung auf erneuerbare Energien die Umwelt zu schützen und durch den gezielten Einsatz der ausgeschütteten Gewinne die Belastungen für die Bürger zu senken.

Wasser ist keine Ware und der Wasserpreis muss nach sozialen und ökologischen Kriterien festgelegt werden. In der Vergangenheit war die **Abwasserpolitik** des Landes Sachsen einseitig auf Großinvestitionen ausgerichtet, was zu hohen finanziellen Konsequenzen für die Menschen im ländlichen Raum zu führen droht. DIE LINKE fordert Transparenz über die tatsächlichen technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Abwasseranlagen und die Erarbeitung eines Konzepts zur

Verhinderung einer Kostenexplosion.

Eine starke LINKE bedeutet mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Transparenz in den politischen Entscheidungen und mehr direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Das sind zumindest drei gute Gründe dafür, bei der Kreistagswahl am 8. Juni alle Stimmen an Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN zu vergeben.

Wir bedanken uns schon jetzt ganz herzlich für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung!